



Wie ein pöbelnder Prolet in der Nacht: russischer Staatspräsident Putin.

Politik der Brandstiftung

Russland sät Unfrieden in der Ukraine. Die Propaganda der Kreml-Medien scheint keine Grenzen mehr zu kennen. In einem Interview mit der *Weltwoche* in der vorletzten Ausgabe durfte Fernsehchefin Margarita Simonjan ungehindert lügen. *Eine Entgegnung von Stephan Hille*

Philipp Gut, stellvertretender Chefredaktor der *Weltwoche*, kündigte ein «Gespräch über Putin und die Welt aus russischer Sicht» an. Dies ist dem Blatt zweifellos gelungen. Doch indem Gut der Chefredaktorin des staatlichen Auslandssenders Russia Today (RT), Margarita Simonjan, eine Bühne für durchschaubare Falschinformationen ohne kritische Nachfragen bot, hat sich die *Weltwoche* vor den Propagandakarren des Kremls spannen lassen. Was aber ist die Perspektive, aus der heraus Russland agiert?

Mit seiner Politik der Brandstiftung in der Ostukraine und der Annexion der Krim hat der Putinismus sein wahres Gesicht gezeigt: Ein Land, das im Inneren von zunehmender Gesetzlosigkeit geprägt ist, schert sich plötzlich auch in der Aussenpolitik nicht mehr um internationales Recht. Zur völligen Verblüfung der Staatengemeinschaft. Putin, der von

sich gesagt hat, er sei als verrohter Strassenjunge aufgewachsen, wo nur das Recht des Stärkeren zählt, ist offenbar wieder in seiner Kindheit angekommen. Der russische Präsident verhält sich tatsächlich wie ein pöbelnder Prolet in der Nacht, der den Streit sucht. So einem möchte der Normalsterbliche lieber aus dem Weg gehen, weil er keine Chance hat, dem Konflikt auszuweichen. In einem solchen Fall hilft eigentlich nur wegzurennen oder die Polizei zu rufen. Übertragen auf Russland ist beides nicht möglich.

Rhetorik aus dem Zweiten Weltkrieg

Putin hat die schlummernde Nato mit einem Weckruf aufgeschreckt. Plötzlich muss sich das Militärbündnis widerwillig den Kopf zerbrechen über seine Verteidigungsfähigkeit in Europa. Für den Fall der Fälle, den man eigentlich im Archivschrank der Geschichte

wähnte. Der Kreml macht Aussenpolitik aus einem anderen Jahrhundert und spannt seine schärfste Propagandabüchse: den Kampf gegen den Faschismus, denn damit hat Moskau schliesslich Erfahrung. Seit Beginn der Krise sind die russischen Staatsmedien voller Rhetorik aus dem Zweiten Weltkrieg. Die simple Botschaft der Mediensoldaten: Der Machtwechsel in Kiew ist das Werk von Faschisten, die nun alle Russen in der Ukraine bedrohen. Auf dieser Klaviatur durfte auch die RT-Chefin Simonjan, wenn auch nicht ganz so platt, im Interview mit der *Weltwoche* spielen. Aber Lügen bleiben nun einmal Lügen, zum Beispiel die Behauptung, Kiew habe die russische Sprache verboten. Der entsprechende Gesetzesentwurf trat nie in Kraft.

Die Putin-Versteher argumentieren, dass die USA keinen Deut besser agierten. Selbst wenn es so wäre: Darf ein Unrecht das nächste recht-

fertigen? Das wäre ja wie im Kindergarten: Der John schubst, also darf der Ivan auch, er muss sogar.

Aber will Wladimir Putin wirklich den Konflikt mit dem Westen und eine Neuauflage des Kalten Krieges? Vermutlich nein. Russland fühlt sich vom Westen unverstanden, ausgegrenzt und nicht mit dem ihm gebührenden Respekt behandelt. Moskau glaubt sich umzingelt. Die herrschende Elite fürchtet eine Ukraine, die sich mit der EU einlässt, wie die Beulenpest. Eigentlich müsste Moskau ein Interesse an einem stabilen und prosperierenden Nachbarn haben, tatsächlich aber fühlt es sich nur dann sicher, wenn der Kreml in Kiew mitregieren kann.

Die gefährliche Saat ging auf

Dass die Ukraine mit dem Kollaps der Sowjetunion unabhängig wurde und für Russland verloren ging, haben die herrschenden Eliten und das Gros der russischen Gesellschaft auch zwanzig Jahre danach noch nicht verkraftet. Schliesslich liegt in Kiew die Wiege aller Russen. Auf der Krim nahm die Christianisierung Russlands ihren Lauf. Die Ukraine ist für Russland heiliges, aber nun fremdes Land. Dass die russische politische Klasse unter den Phantomschmerzen leidet, die jedes untergegangene Imperium durchleiden musste, ist verständlich, darf aber eine «Putin-Doktrin», wonach der Kreml ein Mitspracherecht in Angelegenheiten der einstigen Sowjetrepubliken und heute souveränen Staaten wünscht, nicht rechtfertigen.

Der inzwischen zum Bürgerkrieg gereifte Konflikt ist überhaupt erst durch die Politik und das Zündeln des Kremls angefacht worden. Erst nachdem Putin die Ukraine und ihr Regime, das auf ihn hörte und in seinem Sinne handelte, nicht mehr halten konnte, trug er die Saat des Unfriedens ins Nachbarland und düngte sie. Mit Erfolg: Der Plan und die gefährliche Saat gingen auf.

Denn bis Februar und März 2004 hatte es weder auf der Krim noch im Osten der Ukraine eine nennenswerte separatistische Strömung gegeben. Aktuelle Umfragen zufolge will nur eine Minderheit der Bevölkerung eine Abspaltung ihres jeweiligen Landesteils vom ukrainischen Staat. Selbst auf der Krim, wo noch Anfang der 1990er Jahre viele Bewohner die Zugehörigkeit zu Kiew beklagten, spielte die Pro-Russland-Bewegung bereits Mitte der neunziger Jahre keine bedeutende Rolle mehr.

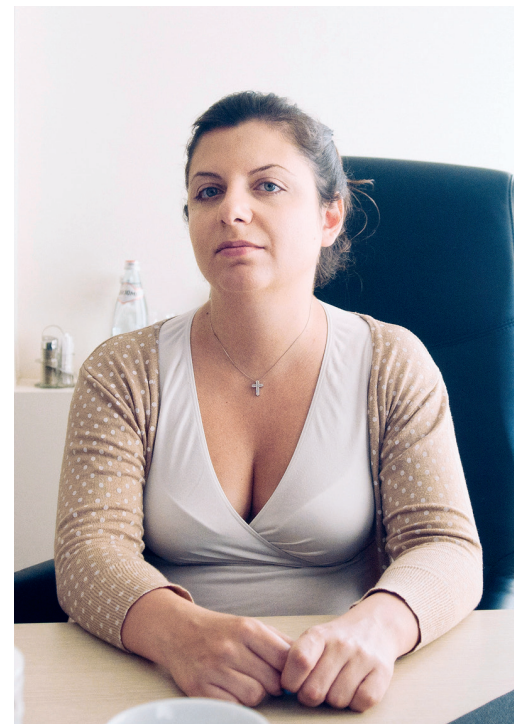
Dies änderte sich schlagartig mit dem Putsch des moskauhörigen Sergej Aksjonow, Führer einer unbedeutenden prorussischen Partei auf der Krim. Wie aus dem Nichts tauchten die «grünen Männchen» auf: hochprofessionell ausgerüstete Soldaten in Uniformen ohne Hoheitszeichen, nach offizieller Sprachregelung «lokale Selbstverteidigungskräfte», in Wahrheit aber, wie Präsident Putin später zugab,

russische Soldaten. Es folgte das handstreichartige Referendum, mit dem der Kreml die völkerrechtswidrige Annexion der Krim rechtefertigte.

Dass Wladimir Putin mit dem Anschluss der Krim den tragenden Pfeiler der europäischen Friedensordnung, das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen, eingerissen hat, scheint ihn nicht zu kümmern. Trotzig beruft sich Moskau auf das Selbstbestimmungsrecht und beklagt mit Verweis auf das Kosovo eine vermeintliche Doppelmoral des Westens, so auch RT-Chefin Simonjan im Interview mit der *Weltwoche*. Doch auch der Jurist Putin sollte wissen, dass in der völkerrechtlichen Praxis das Prinzip der territorialen Integrität von Staaten stets Vorrang vor dem Recht auf Selbstbestimmung hat, es sei denn, eine ethnische Minderheit wird – wie im Kosovo geschehen – vom Staat systematisch und in ihren elementaren Menschenrechten eingeschränkt. Auf der Krim und in der Ostukraine war davon keine Spur, in Tschetschenien, das in zwei Kriegen von Moskau ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung brutal zusammengekartätscht wurde, könnten Völkerrechtler zu einem anderen Schluss kommen.

Bis Februar und März gab es auf der Krim keine nennenswerte separatistische Strömung.

Im Osten der Ukraine endete der Versuch selbsternannter «Volksvertreter», die sich inzwischen zu Warlords aufgepumpt haben, das Krim-Szenario für ihre Regionen zu wiederholen, in offenem Krieg. Die Übergangsregierung in Kiew ist daran nicht unschuldig und wäre gut beraten gewesen, die Fliehkräfte im eigenen Land zunächst energischer mit Diplomatie, anstatt mit roher staatlicher Gewalt einzufangen.



Sackgasse: Fernsehjournalistin Simonjan.

Doch die Hauptschuld für die Gewaltspirale liegt einmal mehr in Moskau. Dass Russland die bewaffneten Gruppen mit Mensch und Material unterstützt, darf als sicher gelten. Würde Wladimir Putin wirklich die Gewaltspirale in der Ostukraine stoppen wollen, hätte er frühzeitig die «Volksvertreter» in ihren selbsterklärten Volksrepubliken zur Raison rufen können. Er könnte auch das Einsickern von Söldnern, tschetschenischen Kämpfern und wer sonst noch alles mit dem Gewehr in der Hand den slawischen Brüdern in Donezk, Slowjansk und Luhansk über die russische Grenze zu Hilfe eilt, stoppen.

Was Putin wirklich will, bleibt unklar

Kurzfristig hat Putin sein Ziel, die Ukraine zu destabilisieren, ohnehin erreicht. Eine weitere Eskalation kann er sich kaum leisten, weder militärisch noch wirtschaftlich. Was Putin wirklich will, bleibt unklar. Seine abenteuerliche Politik hat ihm im eigenen Land zu ungeheurer Popularität verholfen. Putins Kapital ist das von ihm aufgebaute Bild des starken Mannes, das ihm die russische Öffentlichkeit bisher gerne glaubt und das von den eigentlichen Problemen im Land ablenkt. Diese Rolle muss Putin weiterspielen, doch sie führt in die Sackgasse. Denn von Hurrapatriotismus und einer «Wir sind wieder wer»-Stimmung allein wird in Russland niemand satt. Der volkswirtschaftliche Preis ist hoch, und die Zeche wird erst noch zu zahlen sein. Was, wenn sich Putin den starken Mann nicht mehr leisten kann?

Stephan Hille war von 2000 bis 2003 Korrespondent der *Weltwoche* in Moskau.